

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 20 2. Oktober 1996

→ **Die rechten Brüder** Seite 3

Zwei hochrangige Ex-Militärs sind seit ihrer Pensionierung äußerst aktiv. Die beiden ehemaligen Spitzen-Bundeswehrler, leibhaftige Brüder, engagieren sich regelmäßig in ultrarechten bis rechtsextremen Gazetten und Zirkeln.

→ **Pilgerstätte und Mythos** Seite 4

Das Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen gilt als Wallfahrtsort für Militaristen und deutschtümelnde Nationalisten. Rechtskonservative und Rechtsextreme feiern dort den Tag der deutschen Einheit.

→ **Gemeinsame Opferrolle** Seite 6

Die „Junge Freiheit“ entwickelt Sympathien für „Scientology“. Angeblich sind beide Opfer einer „Political Correctness“-Kampagne.

→ **Weltweiter Antisemitismus**

Seite 8

Nach dem Bericht des Institute of Jewish Policy Research ist der Antisemitismus nach zunächst sprunghaftem Anstieg noch vor wenigen Jahren in den meisten Ländern wieder rückläufig.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Danke, Heinz Putzrath

Von Siegfried Vergin MdB,

Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion.

In der Nacht vom 23. zum 24. September ist Heinz Putzrath gestorben.

Wir, die wir mit ihm zusammen wirkten, hatten seinen 80. Geburtstag am 12. Dezember vor Augen, um ihn zu ehren und ihm Dank zu sagen für das, was er als aufrechter Demokrat, als rassistisch und politisch Verfolgter zur Zeit des Nationalsozialismus geleistet hat. Unser, aber auch sein Blick, war deswegen auf die Zukunft gerichtet. Sein Tod ist für uns unfassbar.

Heinz Putzrath wurde als Sohn jüdischer Eltern in Breslau geboren, wo er zur Schule ging und im Sozialistischen Schülerbund seine ersten politischen Erfahrungen sammelte. Als 16jähriger wurde er Mitglied der KPD-Opposition. Im Mai 1933 wechselte er nach Berlin, wo er sich der Widerstandsbewegung anschloß. Bereits im September 1933 wurde Heinz Putzrath verhaftet und wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Wenige Wochen nach seiner Entlassung flüchtete er nach Holland. Seine politische Betätigung dort hatte die Ausweisung zur Folge, die ihn über die Tschechoslowakei 1937 nach Großbritannien führte.

Neben der beruflichen Tätigkeit an verschiedenen Arbeitsplätzen wirkte er auch in England politisch. In der Gruppe „Neu Beginnen“ fand er von 1940 bis 1945 seine politische Heimat und von 1943-46 war er Vorsitzender der Jugendgruppe der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“.

Für die SPD in Westdeutschland war es ein Glück, daß Heinz Putzrath im September 1946 nach Deutschland zurückkam. Als Auslandsreferent von 1946 bis 1951 in Hannover und danach in Bonn tätig, half er der Parteiführung, die internationale Arbeit aufzubauen. Ein wichtiges Datum war das Jahr 1951, das Jahr der Wiedergründung der Sozialistischen Internationale.

Beruflich erlebten wir Heinz Putzrath seit 1961 als Geschäftsführer der Organisation „Weltweite Part-

nerschaft“ und von 1969 bis 1981 als Leiter der Abteilung „Gesellschaftspolitische Information“ der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ein Brief an Willy Brandt vom 17. Mai 1965 belegt, daß Heinz Putzrath den entscheidenden Anstoß zur Gründung der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) gegeben hat. Er schrieb damals: „Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel scheint mir der rechte Zeitpunkt zu sein, um den Vorschlag der Gründung einer Deutsch-Israelischen Gesellschaft zu unterbreiten. Ich glaube, es wäre gut, wenn die SPD dazu die Initiative ergreifen würde, zumal sie sich in der Sache als Partei am längsten und konsequentesten dafür eingesetzt hat ... Das Aufgabengebiet einer derartigen Gesellschaft ergibt sich von selbst mit der Einschränkung, daß man von vornherein betonen muß, daß es sich um die Verbesserung zwischenstaatlicher Beziehungen handelt.“

Als es 1966 zur Gründung der DIG kam, wurde Heinz Putzrath Präsidiumsmitglied. Später richtete er seine Israel-Aktivitäten hauptsächlich auf die Mitarbeit in der regionalen Arbeitsgemeinschaft Bonn.

Als unser Freund Heinz 1981 aus der beruflichen Tätigkeit ausschied, wußten alle, die ihn kannten, daß sein „Ruhestand“ neues Wirken bedeuten würde. So wurde er 1981 Berater der Historischen Kommission beim SPD-Parteivorstand und 1983 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS), für die er als Redakteur des AvS-Informationsdienstes bereits seit 1982 tätig war.

Gerade in der letzten Phase seines Lebens stand uns Heinz Putzrath als Mahner und Warner vor politischen Fehlentwicklungen in der Bundesrepublik zur Seite. Nach der Wiedervereinigung bekämpfte er mit überzeugendem Engagement jeden Versuch von Verharmlosung und Verdrängung jeder Form von Diktatur und Totalitarismus in Deutschland. Sein Ziel, Menschen für die Demokratie zu begeistern und sie als Demokraten zu festigen, ließ ihn zum Mitbegründer des „Vereins gegen Vergessen - für Demokratie“ werden.

Heinz Putzrath ist tot. Wir danken ihm für sein Lebenswerk mit der Verpflichtung, an der Festigung eines sozial gestalteten demokratischen Staates in Deutschland weiterzuarbeiten und völkerverbindend zu wirken. Dazu gehört auch, jeder Tendenz zur Verharmlosung von Rechtsradikalismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus unzweifelhaft entgegenzutreten.

Hochrangige Militärs im Ruhestand:

Zwei rechte Brüder

„Militärs von echtem Schrot und Korn“ (F. Hunderseder) sind beide. Ihr Herz schlägt auf dem rechten Fleck, seit Jahren sind sie außer Dienst - die Brüder Reinhard und Franz Uhle-Wettler.

„Auf in den Kampf!“ ruft Brigadegeneral a.D. Reinhard Uhle-Wettler seinem strammrechten Kameradenkreis in der jüngsten Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG; 2/96) aus dem Hause des Tübinger Grabert-Verlages zu. In einem an politischer Hetze kaum zu überbietenden Artikel schreibt Uhle-Wettler, zuletzt stellvertretender Kommandeur der 1. Luftlandedivision in Bruchsal, daß gegen Deutschland ein „unerbittlicher Krieg aus dem Dunkel mit allen Formen von Täuschung, Hinterlist, Bestechung, Verrat, Verführung und psychologischer Kriegsführung sowie von Gewalt jedweder Art bis hin zu Mord und heißem Krieg“ geführt werde. Indirektes Lob erhält gar die verbotene NSDAP, da diese „für Volk und Nation und gegen Versailles“ kämpfte und dafür den II. Weltkrieg bekam. Heute gelte es, „die inländischen Kollaborateure und Opportunisten abzulösen und den ausländischen Erpressern und Unterdrückern mit Klugheit und kühlem Kopf entgegenzutreten.“ In DGG äußert sich der Unterzeichner des revisionistischen „Appells der 100“ auch zum Themenbereich des industriell betriebenen Massenmordes an den Juden: „Wir haben zwar bis heute - anders als für die Vertreibung und die Kriegsgefangenen - noch keine amtliche Dokumentation über den Massenmord an den Juden. Keiner unserer Regierungen würde das wohl - ohne international organisierte Abstrafung - erlaubt werden. Aber warum ist es nicht möglich, eine internationale, neutrale Kommission einzusetzen, welche die sogenannte Offenkundigkeit des fürchterlichen Geschehens dokumentarisch belegt?“ Für Uhle-Wettler läge dies „jedenfalls in allerhöchstem nationalen Interesse.“

Seit seiner Pensionierung hat sich Reinhard Uhle-Wettler zu einem führenden „Hans Dampf in allen rechten Gassen“ gemausert. Mit Referaten beglückte er in den letzten Jahren u.a. die Vereinigung „Kultur und Zeitgeschichte - Archiv der

Zeit“, die sich das Ziel der „Sicherung eines wahren deutschen Geschichtsbildes“ auf die Fahnen geschrieben hat, ebenso wie die „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GFP), die größte rechtsextreme kulturpolitische Gruppierung in der Bundesrepublik. Mehrfach war er gerngesehener Gast und Redner bei Tagungen und Kongressen der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU). Diese forderte er im März 1993 in einem Leserbrief („Die Sachsen Union“) dazu auf, als „echte demokratische Alternative zwischen Union und REPs die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten.“ Sein Versuch, mit der von ihm gegründeten „Gemeinschaft Freiheitlicher Demokraten“ (GFD) die „Parteiherrschaft“ zu beenden, da diese „eine einzigartige Mißachtung des Volkes und des Grundgesetzes“ sei, fand im ultrarechten Lager keine Zustimmung. Die „Deutsche Rundschau“, Organ der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH; 4/93), titelte „Hurrah - und wieder eine neue rechte Gruppierung!“.

Von Krötenlaichplätzen und Abtreibung

Parteipolitisch hat sich R. Uhle-Wettler in der jüngsten Zeit dem „Bund Freier Bürger“ (BFB) angenähert; so referierte er bei der vom BFB initiierten 1. Mai-Kundgebung im Münchner Löwenbräukeller gemeinsam mit dem BFB-Gründer Manfred Brunner. Vorrangiges politisches Ziel ist für R. Uhle-Wettler „eine einige und starke Rechte“ wie er in „Nation+Europa“ (NE; 9/95) schreibt. Zwei Jahre zuvor bejammerte er im gleichen Organ (NE; 10/94) das „geschlagene und verstümmelte Deutsche Reich“, das nun auf einen „territorialen Minimalbestand“ geschrumpft sei. Die „Annexion Ostdeutschlands durch Polen“ nennt er in der FAZ (28.11.1990) eine „schlichte Erpressung“. Für R. Uhle-Wettler, der auch für die zwischenzeitlich eingestellte Zeitschrift „Zeitenwende“ des „Nationaleuropäischen Jugendwerkes“ (NEJ) und die „Deutschen Annalen“ des „Druffel-Verlages“ zur Feder griff, steht der Feind eindeutig links. So ortete er in NE (9/95) die „>antifaschistische< Einheitsfront“ auf dem Vormarsch, deren „Vorposten“ bereits „in der Mitte des Parteienpektrums Fußgefaßt“ haben.

Franz Uhle-Wettler, Generalleutnant a.D., zuletzt Kommandeur der 5. Panzerdivision und bis 1987 Kommandeur des Nato-Defence College in Rom, hat Reinhard voraus, daß er als erster der beiden

Brüder namentlich in einem Verfassungsschutzbericht aufgeführt ist. Der Berliner Verfassungsschutzbericht 1995 informiert die demokratische Öffentlichkeit darüber, daß Franz Uhle-Wettler im letzten Jahr Referent bei der von oppositionellen Berliner NPD-Mitgliedern 1993 gegründeten „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.“ war. Verbunden weiß sich Uhle-Wettler, Interviewpartner von „Europa Vorn“ (Nr. 108 v. 15.9.1996 + 7/90), mit Gesinnungskameraden in Österreich. So war er Teilnehmer der vom „Freiheitlichen Bildungswerk“ der FPÖ veranstalteten „Weißensee-Gespräche“; ebenso findet sich im FPÖ-Jahrbuch für politische Erneuerung (1995) ein Beitrag von ihm. Seine „Schwierigkeiten mit der Feststellung“, die Amerikaner hätten Deutschland befreit, äußerte er ebenfalls österreichischen Freunden gegenüber („Aula-Interview; 11/93).

Während Reinhard regelmäßig im „Ostpreußenblatt“ seine politische Meinung kundtut, nützt Franz, Autor des Hohenrain-Verlages und der Verlagsgesellschaft Berg, seit Jahren die eng liierten Periodika „Junge Freizeit“ (JF) und „Criticon“ als seine publizistischen Sprachrohre. Ganz im Sinne revisionistischer Historikerkreise, die darzulegen versuchen, daß Hitler mit dem Überfall auf die UdSSR einem drohenden Angriff Stalins nur zuvorgekommen sei, schrieb er in der JF (6/91): Wer den deutschen Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 „als gesicherte historische Wahrheit darstellt, der ist nicht ernst zu nehmen.“ Ebenfalls in der JF (3/93) lamentierte er über die „Demontage der Bundeswehr“. Zum gleichen Thema äußerte sich im Jahr darauf auch der „Ostpreußenblatt“-Redakteur Joachim Weber, der neuerdings als Presseoffizier für das deutsche Kontingent der Internationalen Friedenstruppe (IFOR) in Kroatien tätig ist, in „Criticon“ (Nr. 144).

Beliebt sind Franz Uhle-Wettlers soldatisch knapp formulierte Vorträge bei einschlägigen Denkkreisen und Vereinen wie dem „Deutschen Kolleg“ (Berlin), dem „Deutschen Seminar“ (Stuttgart/Nürtingen), dem „Konservativen Gesprächskreis Hannover“, der JF-Sommeruniversität und GFP-Kongressen. Unumstritten dürfte der Unterhaltungswert des Referenten sein, so führte er beim diesjährigen GFP-Jahreskongreß im April aus, daß es „mehr als widersprüchlich“ sei, „Mahnwachen an Krötenlaichplätzen aufzustellen und millionenfache Abtreibung junger Menschen zu betreiben, den Wehrdienst zu verweigern und dann Professor an einer Bundeswehrhochschule zu werden.“ („Das Freie Forum“; 2/96)

Anton Maegerle

Der Kyffhäuser:

Denkmal, Pilgerstätte und Mythos

Das Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen gilt für strammrechte Nationalisten als Ort tiefer Symbolik. Auch in diesem Jahr führt das „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ dort seine Veranstaltung am Tag der deutschen Einheit durch.

Im Sommer dieses Jahres jährte sich die Einweihung des Kyffhäuserdenkmals zum einhundertsten Mal. Am 18. Juni 1896 wurde in der Gegenwart von Kaiser Wilhelm II. das gigantomanische Kaiser-Wilhelm-Denkmal eingeweiht. 100 Jahre später trat im Vorfeld des Jubiläums der Kanzlerminister Friedrich Bohl (CDU) als Redner auf. Seine vor dem „Kyffhäuserbund e.V.“ gehaltene Rede will die Bundesregierung indes nicht veröffentlichen, trotz mehrerer Kleiner Anfragen von Ulla Jelpke (PDS). Doch was hat es mit dem „Kyffhäuserbund“ und dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal am Kyffhäuser, diesem „teutonischen Monument“ („Der Spiegel“) und Wallfahrtsort von Militaristen und Rechtsextremen, auf sich?

Der „Kyffhäuserbund“ geht auf die 1786, dem Todesjahr des preußischen Königs Friedrich II., der Große, gegründete „Wangeriner Kameradschaft“ ehemaliger preußischer Soldaten zurück. Der „Kyffhäuserbund“ ist Mitgliedsverband des „Ringes Deutscher Soldatenverbände e.V.“. Die Reservistenarbeit des „Kyffhäuserbundes“ wird mit Bundesmitteln unterstützt. In den letzten fünf Jahren flossen rund 25000 DM für „sicherheitspolitische Seminare und Veranstaltungen der freiwilligen Reservistenarbeit“, so die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage, an den „Kyffhäuserbund“.

Der Standort des Kaiser-Wilhelm-Denkmals im Norden Thüringens war mit Bedacht gewählt worden. Im Kyffhäuserberg, so die Sage, ruhe der 1190 ertrunkene Stauferkaiser Friedrich Barbarossa. Ursprünglich war dieser nationale Mythos mit seinem Nachfolger Friedrich II. verbunden, ehe der populäre Barbarossa Einzug in den Berg halten durfte. So soll der Stauferkaiser im Berge schlafen und darauf warten, daß in Deutschland wieder ein einiges Reich entsteht. Diese Sage fand Nachhall

bei der Gründung des Deutschen Kaiserreiches 1871. Kaiser Wilhelm I. wurde zum Erben und Erlöser Barbarossas erklärt. Nach dem Tode von Wilhelm I. im März 1890 entstanden Pläne verschiedener Kriegerverbände, dem verstorbenen Kaiser auf dem Kyffhäuser ein Denkmal zu setzen. 1890 begann der Bau des Denkmals mit klarem nationalen und militärischen Charakter. Zwei Jahre später wurde ein „Ständiger Bauausschuß der vereinten deutschen Kriegerverbände für die Verwaltung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf dem Kyffhäuser“ initiiert. Daraus ging zuerst ein „Jugendbund Kyffhäuser“ und 1900 dann der „Kyffhäuserbund der deutschen Kriegerlandesverbände“ als Dachverband aller Kriegervereine hervor.

In den 20er Jahren der Weimarer Republik gehörten rund drei Millionen Mitglieder dem „Deutschen Reichskriegerbund Kyffhäuser“ an. Die drei Millionen Angehörigen wurden von den Nazis 1933 vorübergehend zur SA-Reserve II erklärt. 1934 übernahm der ehemalige Freikorps-Führer, General a.D. und spätere SS-Obergruppenführer Wilhelm Reinhard (NSDAP-Parteinummer 63.074) die Leitung des „Kyffhäuserbundes“ und paßte ihn dem NS-System an. Ein Jahr später schied der „Reichskriegerbund“ wieder aus der SA aus und wurde 1937 vorläufig der SS unterstellt. Das Hakenkreuz wurde 1935 vom „Kyffhäuserbund“ übernommen. Hitler unterstellte im März 1938 den „Reichskriegerbund“ seinem persönlichen Befehl, um ihn 1943 zu verbieten. Die Neugründung erfolgte im September 1952 als „Kyffhäuserbund - Bund ehemaliger Wehrmachtsangehöriger und Kriegsteilnehmer, ihrer Angehörigen und Hinterbliebenen“. Die letzte Umfirmierung fand 1977 statt. Seither trägt der Militäristenverein den knappen Namen „Kyffhäuserbund e.V.“.

Tag der Deutschen Einheit

Politisch ist in der Gegenwart vor allem das „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ (BKKD) mit dem Kyffhäuser-Denkmal verknüpft. Dem Sprechergremium des BKKD gehören Rudolf Andreas, Generalsekretär und thüringischer Landesvorsitzender der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU), Professor Freiherr Johannes von Campenhausen, Bundesvorsitzender der „Deutschen Partei“ (DP), Prof. Bernd-Thomas Ramb, stellvertretender Bundesvorsitzender des „Bundes Freier Bürger - Die Freiheitlichen“ (BFB) und Redakteur der „Jun-

gen Freiheit“ (JF), Markus Zehme, ehemaliger Politik-Redakteur der JF und derzeitiger Redakteur des „Ostpreußenblattes“, Dr. Helmuth Krause und Lothar Lauck, ehemaliger Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ in Hessen, 1980 Bundestagskandidat der NPD sowie 1990 für die „Republikaner“, an. Als führender Kopf des „Bündnis Konstruktiver Kräfte Deutschlands“ profilierte sich der 39jährige Lauck, der auch als Sprecher des „Staatspolitischen Clubs Rhein-Main“ in Frankfurt fungiert. Im Mai vergangenen Jahres verabschiedete diese überparteiliche Initiative eine „Frankfurter Grundsatzerklärung“. Am 3. Oktober 1995 führte das „Bündnis“ eine Veranstaltung (vgl. BNR 19/95) anlässlich des Tages der Deutschen Einheit am Kyffhäuser durch. Im Vorfeld erschien in der konservativen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine Anzeige des BKKD. Unter dem Motto „3. Oktober 1990: Tag der Deutschen Einheit - Tag der deutschen Befreiung. Für eine deutsche Zukunft in einem freien Europa!“ unterzeichneten zahlreiche Angehörige der Grauzone zwischen (Rechts-)Konservatismus und offenem Rechtsextremismus den Aufruf. Darunter befanden sich Funktionäre des BFB, der DSU, der DP, der „Demokratischen Erneuerung“ um den ehemaligen Landesvorsitzenden der „Republikaner“ in Sachsen-Anhalt, Dr. Ekkehard Birkholz, der „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“, des dem „Bund der Vertriebenen“ angehörenden „Gesamtdeutschen Studentenverbandes“, der STATT-Partei und des „Friedenskomitee 2000“ um den Nationalneutralisten Dr. Alfred Mechtersheimer. Der Sprecher des „Friedenskomitees 2000“, Mechtersheimer, hielt die Festrede der Veranstaltung vor einigen hundert Zuhörern.

Auch in diesem Jahr wurde im Vorfeld der Veranstaltung eine Anzeige in der FAZ geschaltet: „3. Oktober: Tag der deutschen Einheit. Für die Bewahrung unserer nationalen Identität in einem freiem Europa“. Die diesjährige Festrede am 3. Oktober soll der 62jährige Bonner Politik-Professor Hans-Helmuth Knütter, Interviewpartner und Autor der „Jungen Freiheit“, halten. Seine Unterstützung zurückgezogen hat hingegen in diesem Jahr das „Friedenskomitee 2000“. Mechtersheimer halte die Unterstützung von „chancenlosen Kleinstparteien“, so die vom Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen als rechtsextrem klassifizierte Wochenzeitung „Junge Freiheit“, durch das BKKD für falsch. Dem stehe der „Anspruch, das Gemeinsame zu stärken“ von Seiten des „Friedenskomitees“ entgegen.

Sönke Braasch

Gemeinsame Opfer der „Political Correctness“?:

Geteiltes Leid ist ...

Unter der Überschrift „‘Wir sind völlig unpolitisch’. Hubert Bruttel, Sprecher der ‘Scientology Kirche Berlin’ hält seine Organisation für harmlos“ veröffentlichte die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF; Nr. 35/23. August 1996, S. 3) ein ausführliches Interview mit einem hauptamtlichen Vorstandsmitglied und Sprecher der Berliner Scientology-Organisation. Thematisch behandelt werden darin das öffentliche Bild von Scientology, die Diskussion über politisches Vorgehen gegen die Organisation und der Umgang mit deren Mitgliedern. Bruttel vermittelt das Bild einer grundsätzlich überkonfessionellen, völlig unpolitischen Kirche, die von den etablierten Kräften aus Gründen der Konkurrenz gefürchtet und verfolgt werde. In den USA hätten verschiedene Menschenrechtsgruppen wiederholt die deutsche Regierung wegen der Diskriminierung von Scientology angeklagt, man sehe dort darin eine Einschränkung der Religionsfreiheit. Die Organisation selbst habe in Deutschland nur 30.000 und nicht wie in den Medien behauptet 200.000 Mitglieder; derart übertriebene Zahlenangaben sollten einen unrealistischen Eindruck von Bedrohung und Macht von Scientology vermitteln.

Scientology als nonkonformistisch

Das Interview ist von den JF-Redakteuren Gerhard Quast und Thorsten Thaler keineswegs im Sinne eines kritischen Gesprächs angelegt, vielmehr liefern sie Bruttel ein Forum für eine nicht näher hinterfragte Selbstdarstellung. Zwar benennen Quast und Thaler bei ihren Fragen in der öffentlichen Diskussion kursierende kritische bis ablehnende Auffassungen zu Scientology, sie werden aber eher im Sinne einer Stichwort-Vorgabe an Bruttel vorgetragen, worauf dieser dann die offizielle Auffassung von Scientology formuliert - ohne daß nachgefragt wird. Dies hat nicht nur mit einem unkritischen journalistischen Selbstverständnis zu tun, sondern hängt offenbar mit einer gewissen Sympathie gegenüber einer angeblich - ebenso wie die JF - von einer „Political-Correctness“-Kampagne betroffenen

Organisation zusammen. Dies veranschaulicht noch ein weiterer Beitrag in der selben Ausgabe der JF.

In einer negativen Kritik zu dem neuen Film mit Demi Moore, „Striptease“, schreibt JF-Redakteur Thorsten Thaler: „Das einzig wirklich Bemerkenswerte an ‘Striptease’ ist, daß der Film in Deutschland bislang noch keine Proteste der vereinigten PC-Gilde hervorgerufen hat. Grund dazu gäbe es allemal, schwenkt doch die Kamera in einer Szene mit perfider Langsamkeit über einen im Auto wartenden Mann, der deutlich erkennbar ein Buch des Scientology-Begründers L. Ron Hubbard liest. Einen solchen Fall von Schleichwerbung hat sich nicht einmal Tom Cruise erlaubt. Junge Union, übernehmen Sie.“ Hier wird mit direktem Hinweis auf die von der JF über eine Aufkleber-Kampagne forcierte Stimmung gegen eine angebliche „Political Correctness“ auch die Scientology-Organisation als Opfer dargestellt und ihr mit ironischer Bemerkung in Richtung „Junge Union“ indirekt Anerkennung als nonkonformistisch gezollt.

Derartige Bekundungen gegenüber der Scientology-Organisation sind im Rechtsextremismus keineswegs ungewöhnlich. Bereits im Januar 1996 veröffentlichte die Zeitschrift „Nation & Europa. Deutsche Monatshefte“ eine Schwerpunkt-Ausgabe mit dem Titel „Opposition von rechts: Wir Dissidenten“, worin sich Rechtsextremisten als vom „Meinungsterror“ verfolgte „Dissidentenszene“ beschrieben. In dieser Ausgabe findet sich auch ein von einem „W. B.“ gezeichneter Artikel mit dem Titel „Wer falsch glaubt, wird gefeuert“ (Nr. 1/1996, S. 33), der sich mit betriebsinternen Maßnahmen eines Unternehmens gegen „Scientology“ beschäftigt. Darin heißt es u.a.: „Man muß kein Freund der Scientology-Church sein, um diese Art der Auseinandersetzung für einen gefährlichen Irrweg zu halten. ... Was heute den Scientologen widerfährt, kann morgen jeder x-beliebigen Gruppe in diesem Land passieren: gehetzt, gejagt, gekündigt.“ Zwar läßt sich hieraus noch kein Schluß zwischen Rechtsextremisten und Scientology ableiten, offenbar sehen sich beide Bereiche aber einem gemeinsamen Gegner gegenüber, was zu entsprechenden direkten oder indirekten Sympathieerklärungen führt. Inwieweit sich hier mittel- bis längerfristig bündnispolitische Optionen öffnen, läßt sich derzeit nicht sagen. Vorbehalte im Rechtsextremismus gegenüber Scientology dürften dem entgegen stehen, ein gemeinsames Feindbild und bestimmte Strukturmerkmale der Scientology-Organisation können jedoch dahingehende Brücken bauen. Armin Pfahl-Traugher

Verfassungsschutzbericht Schleswig-Holstein:

Sammlung statt Abgrenzung

Bündnisse statt parteipolitische Abgrenzungen - das ist die vorherrschende Taktik der Rechtsextremisten, die der Verfassungsschutz im nördlichsten Bundesland ausgemacht hat. Bei der Vorstellung des Jahresberichtes der Behörde für 1995 durch den schleswig-holsteinischen Innenminister Ekkehard Wienholtz (SPD) nimmt dieser auffällige „Strukturwandel“ innerhalb der Neonaziszene breiten Raum ein. Wenn es um „die Sache“ geht - meist die einigende Ablehnung des herrschenden Systems - unterstützen sich NPD und DLVH oder „Republikaner“ und „Bund für Gotterkenntnis“ („Ludendorffer“), um nur zwei Beispiele zu nennen. Gute Kontakte bestehen zudem zwischen der NPD-Jugendorganisation JN und meist unorganisierten gewalttätigen rechtsgerichteten Skinheads sowie zwischen DLVH und militant auftretenden Neonazis. Eine Hauptkraft für Vernetzungsbestrebungen stellt für den Innenminister dabei der Hamburger Student Andre Goertz (Ex-FAP-Landesvorsitzender in der Hansestadt) dar. Personen in seinem Umfeld agieren als „Norddeutsche Bewegung“ - die quasi die Rolle der verbotenen FAP übernommen hat.

In der Mitgliederentwicklung verzeichnen alle Parteien mit Ausnahme der DLVH Rückgänge. Insgesamt hat der Verfassungsschutz in Schleswig-Holstein 1690 Rechtsextremisten ausgemacht - den größten Anteil stellt davon die DVU mit 900 Mitgliedern. Parteien wie NPD/JN bewegen sich bei 150, DLVH (100) und Republikaner (140). Einen Zuwachs verzeichnen auch gewaltbereite Skins (340). Eine Skinhead-Hochburg hat sich dabei in Rendsburg herauskristallisiert, wo es häufiger größere Zusammenkünfte gibt und kaum ein Wochenende ohne Zwischenfälle und polizeiliches Eingreifen vergeht.

Räumt der aktuelle Verfassungsschutzbericht der schleswig-holsteinischen Skinhead-Band „Kraftschlag“ überregionale Bedeutung ein, so vermißt man doch diese Einschätzung von anderen Personen und Gruppierungen wie beispielsweise die Aktivitäten des Verlegers Dietmar Munier (Ostpreußen-Germanisierung rund um Kalingrad) oder des Verlegers und Publizisten Roland Bohlinger (Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur).

Besondere Erwähnung erfahren die Bestrebungen nationalistisch agierender türkischer Vereinigungen. Diese haben nach Erkenntnissen des Innenministeriums zuletzt Zulauf erhalten. Dahinter verbergen sich die Organisationen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) und deren Auslandsabteiler „Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa“ (ADÜTDF), eine als Verein aufgeführte Organisation - beide auch bezeichnet als „Graue Wölfe“. In mehreren Städten agieren seit 1994 Vereine mit der Bezeichnung „Türkische Familienunion“. Diese dienen nach Beobachtung der Verfassungsschützer als Treffpunkt der rechtsgerichteten türkischen Gruppierungen. Rund 250 Mitglieder weist dieser Personenkreis auf, heißt es im jüngsten Verfassungsschutzbericht.

Horst Freires

HINWEIS

SPD-Fragestunde zu rechtsextremen Neugermanen

Bonn - Die Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion wird am 16. Oktober dieses Jahres im Parlament eine aktuelle Fragestunde über „neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus“ durchführen. Nach Ansicht der SPD-Parlamentarier müßten die Verbindungen der neugermanisch-heidnischen Gruppierungen zum Rechtsextremismus und ihre internationale Verflechtung stärker ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gerückt werden. Die Bundesregierung hatte in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion vom 21.8.96 (Drucksache 13/5434) über „Neugermanisch-heidnische Gruppen und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik“ zugegeben, daß verschiedene Gruppierungen aus diesem Bereich, beispielsweise der „Nordische Ring“, die „Artgemeinschaft“, die „Gesellschaft für biologische Anthropologie“ und der „Bund für Gotterkenntnis“ (Ludendorff) e.V., vom Verfassungsschutz des Bundes beobachtet würden. Bei mehreren Kleingruppen, die dem neugermanisch-heidnischen Spektrum zuzurechnen sind, bezog sich die Bundesregierung allerdings auf das grundgesetzlich verbrieftete Recht der Religions- und Weltanschauungsfreiheit, was von der SPD hier kritisch gesehen wird.

Vorstellung des Jahresberichts: **Antisemitismus weltweit**

Zum fünften Mal erscheint in diesem Jahr der vom Institute for Jewish Policy Research und dem American Jewish Committee herausgegebene Bericht über die Lage des Antisemitismus in der Welt. In der traditionellen Gliederung wird die politische Entwicklung für 61 Länder sowie insbesondere der Umgang mit den jüdischen Minderheiten berichtet. Das Material wurde zusammengetragen von Forschungsinstituten, vor allem jüdischen kommunalen Einrichtungen sowie Menschenrechtsorganisationen. Als Ergebnis wird festgestellt, daß der seit dem Ende der 80er Jahre zu beobachtende Anstieg des Antisemitismus offenbar seinen Höhepunkt überschritten hat. Dies gilt vor allem für die mittel- und osteuropäischen Länder, wo in der Folge des Umbruchprozesses nach dem Ende des Kommunismus eine Wiederbelebung des traditionellen Antisemitismus zu beobachten war. Dasselbe trifft für Deutschland zu, dem nach Aussage des Berichts zweiten Schwerpunkt des Antisemitismus, aufgrund massiver Reaktionen amtlicher Stellen sind rassistische und antisemitistische Angriffe zurückgegangen. In ähnlicher Weise haben auch andere Länder vor allem durch neue Gesetze, etwa gegen die Leugnung des Holocaust, antisemitische Tendenzen zurückgedrängt. Als neuen Schwerpunkt entwickelt sich nach Aussage des Berichts der Rassismus im Cyberspace. Für einzelne Länder werden folgende Tendenzen berichtet:

Deutschland

Nach dem steilen Anstieg rechtsextremistischer und antisemitischer Angriffe ein Rückgang von 30 %. Deutliche Verunsicherung der jüdischen Gemeinde nach dem Erfolg der islamistischen Wohlfahrtspartei.

Rußland

Befragungsergebnisse haben trotz der Existenz von mehr als 100 antisemitischen Extremisten-Gruppen und über 150 periodischen Publikationen in der Bevölkerung einen relativ niedrigen Zuspruch zu Antisemitismus registriert.

Belgien

Offener Antisemitismus bei dem mit 16 Mandats-trägern im Parlament vertretenen Vlaams Blok.

Schweden

Deutliche Beeinträchtigung des traditionellen Bil-

des von einer toleranten schwedischen Gesellschaft durch eine neonazistische Bewegung.

Australien

Leichter Anstieg antisemitischer Vorfälle um 7 %.

Für Frankreich, Italien und Großbritannien wurde ein Rückgang, vergleichbar Deutschland, um die 30 % konstatiert.

Ein vergleichbarer Bericht über den weltweiten Antisemitismus wird nunmehr aus Israel bekannt, als Ergebnis eines Projektes zur Erforschung des Antisemitismus an der Universität Tel Aviv, den die Anti-Defamation League des Bnai Brith in Zusammenarbeit mit dem jüdischen Weltkongreß veröffentlichte. Er konzentriert sich auf 30 Länder, für die er, vergleichbar dem vorgenannten Bericht, über extremistische und antisemitische Bewegungen informiert. Abweichend wurde jeweils eine Schilderung über die Situation der jüdischen Gemeinden vorgestellt.

Institute for Jewish Policy Research and American Jewish Committee, Antisemitism World Report 1996, London-New York 1996, 344 Seiten;

ADL and The World Jewish Congress. The Project for the Study of Anti-Semitism, Wiener Library, Tel Aviv University. Anti-Semitism Worldwide 1994, 1996, 274 Seiten

Klaus Henning Rosen

HINWEIS

Nürnberg - Vom 25.-27. Oktober dieses Jahres findet in Nürnberg ein Kongreß „Medizin und Gewissen - 50 Jahre nach dem Nürnberger Ärzteprozeß“ statt. Veranstalter sind die Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. und die IPPNW-Regionalgruppe Nürnberg e.V. Unterstützt wird die Veranstaltung von der Stadt Nürnberg sowie Regenbogen Bayern e.V. und Bundstift e.V.

Anmeldung: Kongreßbüro Berlin, IPPNW-Geschäftsstelle, Kötestraße 10, 10967 Berlin, Tel. 030-6930244, Fax -6938166

Info: IPPNW-Kongreßbüro, Dr. Horst Seithe, Klinikum Nord, Haus 23, Flurstraße 17, 90419 Nürnberg, Tel. 0911-3780498, Fax -3780499.

Parlamentarisches Nachspiel zu Rudolf-Heß-Marsch:

„Ein schwerer Mißerfolg“

Der diesjährige „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ vom 17. August in Worms (vgl. BNR 18/96) hatte ein parlamentarisches Nachspiel im Landtag von Rheinland-Pfalz. Auf Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen fand am 11. September eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der Vorfälle in Worms am 17. August 1996“ im Mainzer Landesparlament statt. Dabei wurde bestätigt, daß rund eine dreiviertel Stunde vor Beginn des braunen Aufzuges der genaue Veranstaltungsort den zuständigen Behörden bekannt war. Trotzdem griffen Polizeikräfte erst rund eine Stunde nach Beginn des neonazistischen Spektakels ein und beendeten mit der Gewahrsamnahme von 180 Personen den Marsch.

Rund 120 Demonstrationen waren bundesweit für den neunten Todestag von Rudolf Heß angemeldet worden. Ausgenommen davon waren die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Saarland. Doch informierte am 15. August der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz die Polizei, daß Rheinland-Pfalz als „mögliches Ausweichland für eine geplante zentrale Veranstaltung in Frage“ käme. Die Abgeordnete Friedel Grützmaker (GRÜNE) sprach in ihrem Beitrag von einer Schande, daß es den Neonazis ausgerechnet in ihrer rheinland-pfälzischen Hochburg Worms gelungen ist, die Polizei und den rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz gründlich an der Nase herumzuführen“. In der Zwischenzeit forderten die Bündnisgrünen die Entlassung des Innen-Staatssekretärs Ernst Theilen (SPD), der Innenminister Walter Zuber (SPD) während dessen Urlaub im August vertrat.

Der zuständige Innenminister Zuber sprach im Zusammenhang mit dem Aufmarsch der rund 200 Neonazis in Worms bei der Aktuellen Stunde vom 11. September von „Pannen“, einem „Mißerfolg“ und „individuellen Fehlern einzelner Polizeiführer“. Im folgenden werden Auszüge der Rede des rheinlandpfälzischen Innenministers dokumentiert: „Um das Ergebnis vorweg zu nehmen und ohne Wenn und Aber: Der Aufmarsch von Rechtsextremisten in Worms am 17. August war ein schwerer

Mißerfolg in unserem Kampf gegen den Rechtsextremismus. (...) Wir alle wissen, auch fünfzig Jahre nach Kriegsende geht von dem unseligen Erbe der braunen Pest Gefahr für Staat und Gesellschaft aus. ‘Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem dies kroch...’ (Bert Brecht: ‘Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui’). Dieser Mißerfolg ist für mich persönlich um so bitterer, als seit dem Amtsantritt im Jahre 1991 die Bekämpfung des damals expandierenden Rechtsextremismus ein vorrangiges politisches Ziel der Landesregierung war und ist. (...) Ein Symbol mag hier für vieles stehen: Die berichtigten publizitätsträchtigen Versammlungen in der Mainzer Gärtnerei Müller finden seit geraumer Zeit nicht mehr statt. (...) Der Aufzug und die Kundgebung von rund 200 Rechtsextremisten am 17. August hätten verhindert werden können. (...) Am Abend des 16.08. bestätigte das Bundeskriminalamt diese Informationen des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes und informierte darüber, daß der Großraum Frankfurt/Main als Sammlungsgebiet für die Veranstaltungsteilnehmer in Betracht käme. Es lägen Informationen vor, wonach die zentrale Veranstaltung in einem Radius von 200 Kilometer um Frankfurt/Main stattfinden werde. (...) Um eines klarzustellen: Der entscheidende Fehler lag nicht darin, daß die rheinland-pfälzische Polizei zu spät von dem eigentlichen Ort der Versammlung in Worms erfahren hätte. Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz erfuhr zum gleichen Zeitpunkt wie die späteren Kundgebungsteilnehmer, nämlich am 17.8. um 12.00 Uhr, von dem beabsichtigten Aufmarschraum Worms/Mannheim/Ludwigshafen und teilte diese Information um 12.02 dem rheinland-pfälzischen Landeskriminalamt mit. Die gleiche Information wurde vom Bundeskriminalamt um 12.10 Uhr an alle Landeskriminalämter gesteuert. Um 13.24 Uhr wurde dem rheinland-pfälzischen Verfassungsschutz dann der Sammlungsort ‘Worms, Hauptportal Dom’ bekannt. Diese Information wurde unverzüglich (13.25 Uhr) an das LKA weitergegeben, das ebenso unverzüglich die Polizeipräsidien informierte. Durch eine Verkettung von Pannen, die ich aus Zeitgründen hier nicht aufführen will, kam es dann zu dem bekannten Geschehen und zu den beschämenden Bildern. (...) Die bisherigen Analysen haben aber auch ergeben, daß hier Fehlleistungen Einzelner, nicht der rheinland-pfälzischen Polizei vorliegen. Ob im Einzelfall auch vorwerfbares persönliches Versagen einzelner Polizeiführer vorliegt, läßt sich gegenwärtig noch nicht abschließend beurteilen.“

Silvia Nagel

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Rechtsextremistische Periodika in 1996

„Nation+Europa“ 9/96, „Deutsche National-Zeitung“ 37-39/96 und „Junge Freiheit“ 37-39/96:

„Nation+Europa“ (NE) - 46Jg. - 9 /96;
Der Nachruf auf den früheren NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden wird, anknüpfend an dessen eigene Bilanz, erst er, dann Schönhuber seien mit dem Wollen gescheitert, die politische Rechte zu etablieren, mit dem Lamento über den von der Union organisierten Kampf gegen eine parlamentarische Rechte rechts von ihr verbunden. Thadden und seine Getreuen seien die staatsstreuen, stabilisierenden Kräfte gewesen gegen ein „liberal-totalitäres System, in dem sich die etablierten Parteien den Staat zur Beute gemacht haben“. Der Tod von Thaddens markiert laut Peter Dehoust für die politische Rechte das Ende der Nachkriegsepoche. Ziel sei für eine heranwachsende neue Generation auf der Rechten die Überwindung des gegenwärtigen Systems (Dem Nachruf folgt wohlfeile Werbung des Buchdienstes für Thaddens letzte Worte). Wie die „an den Interessen der eigenen Bürger orientierte Politik“ auszusehen hat, vermittelt der NE-Leserschaft in einem Gastbeitrag Jean-Marie Le Pen und in einem Interview Jörg Haider. Widersprüchlich wirkt das Lob an den Bundespostminister für die Ausgabe einer Sondermarke für Ludwig Thoma, der doch ein überzeugter Antisemit gewesen sei. Angesichts dieses „Antisemitismus bei der Post“, so die Kommentatorin, dürfte es auch gegen eine Dietl-Straße keine Vorbehalte mehr geben.

„Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) - 25.Jg.;
Zu den bosnischen Bürgerkriegsflüchtlingen, die sich schon viel zu lange auf deutsche Kosten ein angenehmes Leben machten, weiß die DNZ zu berichten, daß ein Großteil davon „Zigeuner“ seien, „deren Asylanträge früher schon wiederholt abgelehnt wurden“ (37/96). Nach dem Tode von Alfred Streim, dem Leiter der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen, plädiert die DNZ jetzt für die Auflösung dieser „auf die einseitige Verfolgung nur deutscher Täter“ fixierten Behörde (37/96). Als Autor findet sich auch der einschlägig bekannte Rechtsanwalt Jürgen Rieger, künftiger DVU-Preisträger (37/96). Den Harvard-Professor Daniel Jonah

Goldhagen bezichtigt die DNZ als Fälscher und Hetzer, der „kübelweise Jauche auf das deutsche Volk spritzt“ (37+38/96). Ihr Herz entdeckt die DNZ für Scientology, die staatlichen Repressalien ausgesetzt sei (38/96). Sein Fett ab bekommt Bundespräsident Roman Herzog, dessen Bezeichnung als „Vaterlandsverräter“ (gefallen bei einer Veranstaltung des BdV in Berlin) die DNZ indirekt als zutreffend bewertet (39/96). Passend dazu ein Rundumschlag - Goldhagen, Anti-Wehrmachts-Ausstellung und weitere „Besudelungsaktionen“ - zur eigenen „Nestbeschmutzung“, wobei wieder einmal von den Alliierten begangene Verbrechen am deutschen Volk gegengerechnet werden (39/96).

„Junge Freiheit“ (JF) - 11.Jg.;

Der Bericht über die vom französischen Staat vollzogene Räumung einer von Einwanderern besetzten Kirche läßt Sympathie für die ausländerpolitischen Forderungen eines Le Pen erkennen; zu großzügig ist angeblich das französische Staatsbürgerrecht (37/96). Zum Meinungsbild über die im österreichischen Klagenfurt gezeigte Anti-Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung präsentiert JF-Autor Jürgen Hatzenbichler eine Auswahl repräsentativer Stellungnahmen, zum Großteil selbstredend von Rechten (37/96). Das alljährliche Nationalistentreffen (Ijzerbedevaart) in Belgien ist heute zum Leidwesen des Autorenduos Salm/Logghe viel zu sehr von den gemäßigten Veranstaltern dominiert (37/96). Zur Auseinandersetzung um das Buch von Daniel J. Goldhagen weiß JF-Autor Thorsten Thaler interessante Details über den Vater Goldhagens zu enthüllen, so sei dieser mit Vertretern der deutschen Rechten zusammengetroffen; es fehlt auch nicht der Hinweis auf Ungereimtheiten in dessen Biographie (38/96). Zehnjähriges Jubiläum des Jörg Haider ist für Andreas Mölzer und Jürgen Hatzenbichler Anlaß, diesen an die rechte Gesinnung zu erinnern (38/96). Kritik an der Rede des Bundespräsidenten zum „Tag der Heimat“ in Berlin, da dieser die Ostgebiete nicht zurückverlange; dem Vorwurf „Vaterlandsverräter“ wird Verständnis entgegengebracht (39/96). Als Interviewpartner ein Vertreter der belgischen Neuen Rechten; auch hier wird ein Anschluß Flanderns an die Niederlande favorisiert (39/96). Der Bezirkspressesprecher der JU München darf einen Bericht über eine Podiumsdiskussion zur Goldhagen-Debatte loswerden, das Vokabular spricht für sich: antideutsch, Berufsbetroffene, Masochismus, Verunglimpfung der Deutschen etc. (39/96).

Rechts von der Union:

Jubiläum für christliche Publizisten

Der überwiegende freikirchlich-evangelikale „Arbeitskreis christlicher Publizisten e.V.“ (ACP), ein Zusammenschluß von rechtsklerikalen Aktivisten innerhalb und außerhalb der Unionsparteien, dem auch Mitglieder von ultrarechten Parteien angehören, feiert am 12./13. Oktober 1996 sein 25jähriges Bestehen (vgl. dazu BNR 6/1995).

Angestrebtes Ziel der „christlichen Publizisten“, von der „Evangelischen Zentrale für Weltanschauungsfragen“ (EZW) zutreffend als eine „Splittergruppe“ am Rande des Evangelikalismus charakterisiert, ist „eine angemessene Publizierung von biblischen Denk- und Handlungsweisen“, die man nach eigenem Gutdünken auslegt. Dabei läßt der ACP (Jahresbeitrag DM 100,-), wie in seiner Positionsbestimmung betont wird, „alle diejenigen zur Zusammenarbeit ein, die sich dem gleichen Ziel verbunden fühlen und das durch ihr Handeln auch glaubwürdig unterstreichen.“

Enge Kontakte unterhält der ACP zum „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM), einer von rechtsaußen politisierenden Psycho-Sekte. Im zweimonatlich erscheinenden ACP-Informationsdienst (15. Jahrgang; Jahresbezugspreis: DM 20,-) findet man lobende Worte für den VPM: „Der VPM deckt auf, wie sich linke Ideologie in den Köpfen ausbreitet und sich den Menschen ganz (totalitär) nimmt.“ Ähnlich wie bei VPM wird beim ACP gegen „neulinke Gesellschaftszerstörer“ gewettert: „Diese treten anders als 68 nicht mit offenen Parolen und langen Haaren auf, sondern machen sich dran, das wertkonservative, christliche, bürgerliche Lager zu spalten. Sobald einer es wagt, gegen den Zeitgeist anzupfeifen, schlagen Exponenten der neuen Linken, die in den Medien oder in öffentlichen Stellen sitzen, mit ihren >Keulen< zu.“

Wegen der ideologischen Gleichgesinnung von ACP (der ACP gehört der VPM-Organisation „Europäische Arbeitsgemeinschaft >Mut zur Ethik< an) und VPM ist es nur logisch, daß die „psychologisierenden Menschenfreunde“ des VPM gleichzeitig im ACP-Informationsdienst über sich „informieren“, ihre Literatur anpreisen und für Kongresse und Seminare offen werben können; so u.a. für den IV. Kongreß „Mut zur Ethik“, der vom 6. bis 8. September 1996 in Feldkirch/Vorarlberg durchgeführt wurde.

Die „Keulen“ des Zeitgeistes

Als „Chef-Lobbyist“ (Efler/Reile: VPM 1995) des VPM in Bonn gilt der ACP-Bundesvorsitzende Heinz Matthias (geb. am 30. Januar 1927 in Hannover). In der aktuellen Sommerausgabe der VPM-nahen Zeitung „Zeit-Fragen“ (Zürich) schreibt er namens des ACP: „Es lohnt sich, gegen den Strom zu schwimmen - weil man nur so der Quelle näherkommt - und dem Zeitgeist mit seinen destruktiven Elementen zu widerstehen. ... Insofern ist Zeit-Fragen Orientierungslicht in einer orientierungslosen Gesellschaft.“ Der in Niedenstein bei Kassel lebende ehemalige Berufsschullehrer (Fachrichtung: Religion), der sich gerne auf Veranstaltungen des „Studienzentrums Weikersheim“ weiterbildet, ist zugleich verantwortlicher Redakteur des ACP-Vereinsblättchens. Des weiteren ist Matthias auch eifriger Leserbriefschreiber in Zeitungen und Zeitschriften wie „Junge Freiheit“, „Transparenz der Medien“ sowie im „Deutschland-Magazin“.

Das „Vertrauen“ des ACP genießen, wie dieser mehrfach betont, die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e.V.“, die sich gegen die „linke Politisierung“ der Evangelischen Kirche wendet und für ein „bibeltreues Christentum“ eintritt, ebenso wie der „Komm-Mit-Verlag“, der vor zwei Jahren mehrfach wegen rechtsradikaler Indoktrination in seinem Jugendkalender in die Schlagzeilen geriet.

Anton Maegerle

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon (0228) 95113-0, Fax 95113-16

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstr. 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 9510416, Fax 314523

Satz und Lithos:
DAVIS BONN GmbH

Druck:
Braunschweig-Druck GmbH

Erscheint 14tägig, Bezug nur Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten

BÜCHERSCHAU

Vermarktung eines Ausstiegs

1993 stieg einer der wichtigsten Figuren der ostdeutschen Neonazis öffentlichkeitswirksam aus der Szene aus: Ingo Hasselbach, Jg. 1967, zeitweise Vorsitzender der Berliner „Nationalen Alternative“, veröffentlichte zusammen mit dem Journalisten Winfried Bonengel das Buch „Die Abrechnung. Ein Neonazi steigt aus“ (Aufbau-Verlag, Berlin 1993), worin er aus seiner Zeit als Aktivist im neonazistischen Lager berichtete. In den folgenden Jahren wurde Hasselbach einerseits von seinen ehemaligen Gesinnungsfreunden bedroht, andererseits fand er in den Medien im In- und Ausland als eine Art „Vorzeigenazi“ große Aufmerksamkeit. Über diese Zeit berichtet Hasselbach in seinem Buch „Die Bedrohung. Mein Leben nach dem Ausstieg aus der rechten Terrorszene“. Er will darin aufzeigen, warum sich Jugendliche in die rechtsextreme Szene flüchten und wie es um die heutige Neonazi-Szene steht.

Hasselbachs Darstellung setzt ein mit dem Empfang einer Briefbombe, die offenbar aus Neonazi-Kreisen an ihn geschickt wurde. Danach beschreibt er die Verhaftung von und den Prozeß gegen den österreichischen Neonazi Gottfried Küssel, Begegnungen mit Winfried Bonengel und Ignatz Bubis, die Verhaftung führender deutscher Neonazis und das Verbot von deren Organisationen, Gary R. Lauck und das Wirken der NSDAP/AO, Vorbereitungen auf den „bewaffneten Kampf“ in Deutschland, Probleme von Aussteigern aus der Neonazi-Szene sowie die Erfahrungen mit den Medien.

Hinsichtlich des Grundes für den Zusammenhalt der Neonazi-Szene bemerkt Hasselbach: „Es waren die Freundschaften, diese tiefe Vertrauen und der Zusammenhalt gegen alles, was wir in der Gesellschaft schlecht fanden“ (S. 9). Ideologische Gesichtspunkte scheinen für ihn

in dieser Hinsicht nicht von sonderlicher Bedeutung zu sein. Zu Politisierungen sei es in vielen Fällen erst in den Gefängnissen gekommen, vor 1989 in der DDR und danach auch im vereinten Deutschland. Insbesondere in fehlender Jugendarbeit sieht Hasselbach die Ursachen für die Akzeptanz von fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Einstellungen.

Hasselbach wird aber insgesamt den selbstgesetzten Ansprüchen nicht gerecht. Nur am Rande verweist er auf derartige Motive für die Attraktivität von Rechtsextremismus für Jugendliche. Eine Darstellung der Neonazi-Szene der neunziger Jahre liefert Hasselbach noch nicht einmal in Ansätzen: Er gibt lediglich das wieder, was in jeder besseren Tageszeitung zum Thema zu lesen ist. Allenfalls eine Passage zur Mitgliedschaft der NSDAP/AO verdient nähere Aufmerksamkeit: „Tatsache ist, daß wir lange Zeit jedes neue Mitglied nach Lincoln gemeldet haben. Die meisten wußten oder wissen vielleicht immer noch nicht, daß sie als Mitglieder der NSDAP-AO geführt werden. In der Regel war es so, daß alle Mitglieder der sogenannten ‘Zellen’ gleichzeitig auf die Mitgliederliste anderer Organisationen gesetzt werden. Die Mitgliedschaft in der NSDAP-AO aber ist mehr symbolisch“ (S. 111).

Abschließend bedauert Hasselbach, daß er von den Medien in Deutschland und in den USA ausgenutzt wurde. Man habe ihn zu einer Art „Super-Nazi der neunziger Jahre stilisiert“ (S. 175), um damit Aufmerksamkeit zu erregen. Dieses Spiel machte Hasselbach allerdings auch seit seinem Ausstieg bereitwillig mit und verdiente dabei auch, was angesichts seiner sonstigen Berufsperspektiven verständlich sein mag. Gleichwohl wirkt seine Klage über die Medien von daher wenig glaubwürdig. Das gilt auch angesichts seines neuen Buches „Die Bedrohung“, das inhaltlich kaum etwas neues bringt, aber dem Autor ein Autoren-Honorar und Einladungen zu Talk-Shows.

Armin Pfahl-Traugher

Ingo Hasselbach, Die Bedrohung. Mein Leben nach dem Ausstieg aus der rechten Terrorszene, Berlin 1996 (Aufbau-Verlag), 180 S., 25 DM

Zeitgeschehen von rechts

Die rechtsextreme „Arbeitsgemeinschaft für Politik“ (AFP) führt vom 4. - 6.6.1996 ihre 31. „Politische Akademie“ in der Burg Mauterndorf bei Salzburg durch. Eingeladen zu dem Treffen, das einen zentralen Schwerpunkt der AFP-Aktivitäten bildet, sind Kameraden aus Österreich, der Bundesrepublik und anderen „europäischen Brudervölkern“. Die Tagungsleitung hat der 70jährige Ex-FPÖ-Gemeinderat Alois Wolf, Medieninhaber der AFP-Zeitungen „Kommentare zum Zeitgeschehen“ und „Wiener Beobachter“ inne. Geführt wird die AFP von dem Klagenfurter Sepp Kraßnig. In einem internen Einladungsschreiben wird den Kameraden mitgeteilt, daß die Fülle des Programms einen „straffen Ablauf“ bedinge und deshalb nach den Vorträgen keine Diskussionen stattfinden würden. Die Teilnehmer werden aufgefordert, während der Veranstaltung eine Kornblume zu tragen. Die 1. AFP-Tagung fand im Jahr 1966 als Tischrunde statt.

Als Referenten der diesjährigen Tagung sind angekündigt: der gebürtige Kroat mit US-Staats-

bürgerschaft Hrovje Lorkovic („Kroatien - Altlasten im neuen Gewand“), Autor in „Wir selbst“, „Europa Vorn“ sowie Referent bei der „Gesellschaft für Freie Publizistik (GFP), Manfred Rouhs („Die islamische Herausforderung - Wem gehört Europa?“), Herausgeber von „Europa Vorn“, Günter Rehak („Wandlungen des Antifaschismus“), Mitarbeiter der „Jungen Freiheit“, Horst Rosenkranz („Ende des Nationalstaats - Ende des Sozialstaats“), Vorsitzender der Partei „Kritische Demokraten“, der Hamburger Hermann Lehmann, Autor in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (DS), den „Staatsbriefen“ und in der Wochenzeitung „Der Schlesier“, Herbert Schaller („Menschenrechte und Verbotsgesetz“), bekannter österreichischer Rechtsanwalt für Alt- und Neonazis, Herminio Redendo („Michalek contra Confuzius“), Autor in den österreichischen Rechts-Postillen „Die Umwelt“ und „Eckartbote“ sowie Referent beim „Freundeskreis für Kultur und Zeitgeschichte“ und Alfred Manke („Untergang oder Wiederaufstieg“), Kopf des rechtsextremen Arbeitszentrums im norddeutschen Bassum sowie Leiter der „Deutschen Kulturgemeinschaft im >Naturpolitischen Volksbund<“. Für die musikalische Umrahmung sorgt ein „Barde Troubadix“ mit seinen „Liedern gegen den Zeitgeist“.

Tagebuch

Bad Berleburg - Das Neonazi-Blatt „Freie-Stimme“ (Postanschrift in Bad-Berleburg) der „Sauerländer Aktionsfront“ hat - eigenen Angaben zufolge - nunmehr (ab Nr. 9) eine Auflage von 6.000 Exemplaren erreicht. Autoren der aktuellen Ausgabe sind u.a. der inhaftierte Hamburger Christian Worch, die dänischen Neonazis Jonni Hansen und Henrik Christensen sowie Siegfried Borchardt (SS-Siggi“). Geworben wird für die „Unabhängigen Nachrichten“ (UN), die „Interessengemeinschaft zur Unterstützung Angehöriger von nationalen Gefangenen“, den „Bramfelder Sturm“ und den „Tonträgervertrieb“ des JN-Bundesfunktionärs Jens Pühse.

Berlin - Andreas Röhler (am 25. Januar 1953 in Magdeburg geboren), Mitinhaber des Berliner „Verlages der Freunde“ und Mitherausgeber in einschlägigen Postillen wie „Die Bauernschaft“ und „Die Aula“, hat dem „Sleipnir“-Leserkreis unaufgefordert die Darstellung des Programmes der „sozialpatriotischen“ Bewegung „Derschawa“

(„Das Reich“) von Alexander Ruzkoi, zeitweilig russischer Vizepräsident, zugeschickt. Rechts-Politiker Ruzkoi fordert u.a. die „Wiederherstellung der Großmacht Rußlands als dem Vaterland eines großen, unbesiegten Volkes.“ Röhler war unlängst vom Amtsgericht Böblingen (12 Cs 548/96) wegen versuchter Nötigung zu einer Geldstrafe in Höhe von DM 4.000,- verurteilt worden.

Berlin - Schützenhilfe erhält die neurechte Wochenzeitung „Junge Freiheit“ auch von der Parteizeitung der „Republikaner“. In der aktuellen September-Ausgabe wird im „Republikaner“ dazu aufgerufen, die JF zu abonnieren, um deren Überleben zu sichern.

Berlin - Der Vorsitzende der neonazistischen „Nationalen“, Frank Schwerdt, Herausgeber der „Berlin-Brandenburger Zeitung“, wurde vom Landgericht Berlin am 16. September zu einer Haftstrafe von einem Jahr verurteilt. Das Gericht befand Schwerdt der Volksverhetzung und der Herstellung und Verbreitung von NS-Propagandamaterial für schuldig. Schwerdt wurde zur Last

gelegt, gemeinsam mit dem 21jährigen Lutz Giesen, ebenfalls verurteilt zu einer eineinhalbjährigen Jugendstrafe, und dem Chefredakteur der „Berlin Brandenburger“, Christian Wendt, die Hetzschrift „Der Schulungsbrief“ verfaßt, gedruckt und verbreitet zu haben.

Berlin/Hamburg - Das Zeitungsprojekt des neonazistischen „Nationalen Medienverbandes“ („Berlin-Brandenburger Zeitung“ und mehrere Regionalausgaben) will weiter expandieren. Nach Eigenangaben ist daran gedacht, demnächst möglicherweise eine „Norddeutsche Volkszeitung“ ins Leben zu rufen.

Bohlingen (B-W) - Die von rechtsaußen agierende Psycho-Sekte „Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM) will mittels eines Trägervereins in Bohlingen, einem Dorf zwischen Singen und Radolfzell, in einem gekauften Schloß ein Internat einrichten. Der „Badischen Zeitung“ liegen Informationen vor, wonach VPM das Schloß auch zu einem Schulungszentrum ausbauen will. Vor Ort leistet der zuständige Singener Oberbürgermeister Andreas Renner (CDU), zuvor Sektenexperte der baden-württembergischen „Jungen Union“ (JU), massiven Widerstand gegen die VPM-Aktivitäten.

Darmstadt - Ein verfahren gegen den stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert (56) ist vom Landgericht Darmstadt Ende August eingestellt worden. Gegen Deckert sollte ursprünglich in einem Berufungsverfahren wegen der Organisation einer nicht genehmigten Kundgebung verhandelt werden. Der damalige NPD-Chef Deckert war mit rund 100 Anhängern vor das Privathaus des Rechtsamtsleiters von Deckerts Heimatstadt Weinheim (Rhein-Neckar-Kreis) ins nahe gelegene hessische Birkenau (Kreis Bergstraße) gezogen. Deckert war in erster Instanz 1993 zu einer Geldstrafe in Höhe von 120 Tagessätzen zu 60 DM verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft beantragte nun die Einstellung des Darmstädter Verfahrens, da eine zu erwartende, gegenüber der ersten Instanz reduzierte Geldstrafe bei der Gesamtstrafe Deckerts nicht ins Gewicht fallen würde. Deckert war zuletzt vom Mannheimer Landgericht im April 1996 (vgl. BNR 9/96) zu einer Gesamtstrafe von zwei Jahren und einem Monat verurteilt worden. Außerdem liegen nach Auskunft der Staatsanwaltschaft Darmstadt vier erstinstanzliche Verurteilungen mit zusammen über vier Jahre Haft vor, die jedoch noch nicht rechtskräftig sind.

Hagen - Rüdiger Kahsner (geb. 1951), Kopf des Hagerer „Deutschen Aktions-Bündnisses“, hat eine „Aktion >Wir sind das Volk!<“ ins Leben gerufen. In einem „Brief an die deutschen Mitbürger in Hagen und Umgebung hetzt der zeitweilige Mitarbeiter der „Unabhängigen Nachrichten“ (UN) gegen die geplante doppelte Staatsbürgerschaft: „Für Deutsche heißt das Zaungäste zu sein auf einem Jahrmarkt der Nationen, wo es keine Rolle mehr spielt, ob der Abgeordnete >X< ein Türke, Neger oder Inder ist, wo es vielleicht noch Existenzraum gibt, aber keine Heimat mehr!“. Gleichgesinnte ruft Kahsner, Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) und Inhaber des „RK-Druck und Vertriebes“, der für „nationale Aktivisten“ preisgünstig Propagandautensilien herstellt, auf: „Jeder muß in seinem Land für Verhältnisse sorgen, die er selbst für sich und alle anderen anerkennen kann!“.

Hamburg - Die „Freisoziale Union“ (FSU) in Hamburg hatte eine Veranstaltung zusammen mit Jan Zobel (JN-Bundesvorstand) und André Goertz (einst Landesvorsitzender der inzwischen verbotenen FAP in Hamburg) geplant. Proteste verhinderten dies. Noch nicht geklärt ist, wer in diesem Falle an wen herangetreten ist: die Partei an die Neonazis oder umgekehrt. Die FSU, die gern die „Zinsknechtschaft“ anprangert und Silvio Gesell als ihren ideologischen Helden betrachtet, hat ihre Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Sie gibt regelmäßig die Zeitschrift „Der dritte Weg“ heraus. Mitarbeiter dafür ist Reiner Bischoff, der kürzlich auch als Autor in der „Jungen Freiheit“ auftauchte.

Hannover - Bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen am 16. September dieses Jahres erzielten die rechtsextremen „Republikaner“, die in 16 Kreisen angetreten waren, ein landesweites Ergebnis von 1,0 Prozent (plus 0,2 Prozent). In der Landeshauptstadt Hannover sank ihr Wahlergebnis von 3,4 auf 2,7 Prozent, sie erzielten deshalb nur mehr einen Sitz im Parlament (minus eins).

Hannover - Die „Republikaner“ führen vom 4. bis 6. Oktober dieses Jahres im Congreßzentrum in Hannover ihren Bundesparteitag durch. Beginn ist am 4. Oktober um 13.00 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Neuwahlen des Bundesvorstands, Novellierung des Parteiprogramms, Satzungsänderungen sowie Beratungen von Anträgen.

Hillerod (Dänemark) - Die im dänischen Hillerod residierende Organisation „NS 88“ hat sich in den

letzten Monaten zu einem der bedeutendsten Anbieter von neonationalsozialistischen Videoaufnahmen, vorrangig von „White Power“-Konzerten“, gemausert. In einer Selbstdarstellung heißt es: „Alle Massenmedien sind vom jüdischen System besetzt. Der einzige Platz wo Weiße nationale Sozialisten noch die Möglichkeit haben ihren Schlachtruf zu verbreiten ist auf Video“ (Fehler im Original). Im aktuellen Angebot sind Konzertmitschnitte von Skin-Bands wie Werwolf, No Remorse, Radikahl, Brutale Haie, Celtic Warrior, SS-Totenkopf, Freikorps und Störkraft. Vertrieben werden auch „Aryan Flags“ (Hakenkreuz, Waffen-SS), CDs (Landser, Standarte, Volkszorn, Das Reich) Videos aus der NS-Zeit; darunter in der Bundesrepublik verbotene Filme wie „Der ewige Jude“.

Kamp-Lintfort (NRW) - Der Unternehmer Helmut Goj (Goj Stahltechnik GmbH & Co.KG) in Kamp-Lintfort, stellvertretender Landesvorsitzender des nordrhein-westfälischen „Bundes Freier Bürger“ (BFB), ist regelmäßiger Schreiberling im neonazistischen Thule-Mailbox-Netz. Dort agitiert der Unternehmer, der im April 1995 den nordrhein-westfälischen Innenminister aufforderte, ihn zu überwachen, u.a. gegen sozialdemokratische Journalisten. Bei Goj soll auch unlängst eine Hausdurchsuchung stattgefunden haben, wobei sein PC und verschiedene Publikationen des BFB und des rechtsextremen „Bundes für Gesamtdeutschland“ beschlagnahmt worden sein sollen. Anlaß dazu soll ein im Thule-Netz verbreiteter Text von Goj geboten haben, der von den zuständigen Behörden als volksverhetzend eingestuft wurde.

Mannheim/Wien - Die bundesdeutsche Sektion des deutschnationalen „Allgemeinen Deutschen Kulturverbandes“ (ADKV); Sitz: Wien, Österreich) hat einen neuen Vorsitzenden. Dies verkünden die aktuellen ADKV-Mitteilungen vom September. Den Vorsitz des bundesdeutschen Zweiges des ADKV führt nun Egon Jüttner, CDU-MdB aus dem baden-württembergischen Mannheim. Die Adresse des ADKV ist identisch mit der Anschrift der rechtsextremen „Österreichischen Landsmannschaft“ (ÖLM). Vorsitzende beider Organisationen ist Gertraud Schuller.

München/Erding - Der im März dieses Jahres zum neuen NPD-Bundesvorsitzenden gewählte Udo Voigt ist wegen „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ ins Visier der Ermittlungsbehörden geraten.

Nürnberg - In einem Leserbrief in der österreichischen Rechts-Gazette „AULA“ propagiert der in Nürnberg lebende Exil-Österreicher Peter Kienesberger den von „Südtirol-Bumsern“ geprägten Spruch „Los von Rom - Los von Wien sonst ist das ganze Land'l hin!“. Kienesberger war wegen Anschlägen während der 60er Jahre in Italien zu lebenslanger Haft verurteilt worden. In Nürnberg betreibt Kienesberger einen „Buchdienst Südtirol“, bei dem im Juni eine Hausdurchsuchung durchgeführt wurde. Grundlage war u.a. ein Beschlagnahmebeschuß gegen ein Buch des holocaustleugnenden „Verlages der Freunde“ in Berlin. Werbung für seinen Verlag schaltet Kienesberger u.a. in der ultrarechten Militaria-Zeitschrift „Barett“. Zur aktuellen Thematik „Südtirol“ teilt das österreichische Bundesministerium für Inneres in seinem „Jahreslagebericht 1995“ mit, daß „Südtirol-Aktivist“ weiterhin Gegenstand behördlicher Präventivmaßnahmen seien.

Paris (Frankreich) - Die rechtsextreme Front National des Jean-Marie Le Pen hat es bei Nachwahlen Mitte September in zwei Kantonen geschafft, in die Stichwahl zu kommen. Bei den am Sonntag, den 22. September stattfindenden Kantonal-Stichwahlen unterlagen die FN-Kandidaten Gerard Bauer in Toulon und Sophie Brissaud in Chaville gegenüber den Kandidaten der bürgerlichen Rechten, die auch von der Linken unterstützt wurden. Le Pens Äußerungen zur Ungleichheit der Rassen hatten in Frankreich für große Empörung gesorgt. Premierminister Juppé bezeichnete Le Pen als „tief rassistisch, antisemitisch und fremdenfeindlich“.

Mitte September demonstrierten in Marseille mehr als 7000 Anhänger des rechtsextremen Front National für die Ausweisung aller nordafrikanischen Einwanderer aus Frankreich.

Pforzheim - Der 44jährige selbständige Offsetdrucker Klaus Rapp bleibt Kreisvorsitzender des „Republikaner“-Kreisverbandes Pforzheim/Enzkreis, einem der stärksten und bei Wahlen erfolgreichsten REP-Kreisverbände. Der Landtagsabgeordnete Rapp, er wurde 1992 erstmals in das Stuttgarter Landesparlament gewählt, ist seit 1991 REP-Kreisvorsitzender und wurde jüngst in dieser Funktion bestätigt. Ebenfalls wiedergewählt wurde der seit 1993 amtierende stellvertretende Kreisvorsitzende und Stadtrat Fritz Herzberg. In ihren Ämtern bestätigt wurden auch Schriftführer Kuno Haberkern sowie der Stadtverbandsvorsitzende von Pforzheim, Dieter Ebert. Der Personalleiter Ebert fungiert seit 1990 als Schatzmeister des

Kreisverbandes und kandidierte 1996 vergeblich zur Landtagswahl im Wahlkreis Pforzheim.

Tamm (Baden-Württemberg) - Weit unter 1.000 Mitglieder hat der ultrarechte „Bund Freier Bürger“ (BFB) in seinen Reihen. Die Teilnahme an der Bundestagswahl werde sich deshalb, mangels nicht zusammenkommender Unterstützungsunterschriften, auf das Ankreuzen eines Wahlzettels einer anderen Partei beschränken - dies behauptet das BFB-Gründungsmitglied Karl-Peter Schlor (1968/69 Mitglied der NPD) in der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ und in der österreichischen Zeitschrift „AULA“. Schlor ist ein intimer BFB-Kenner; so amtierte er von März bis September 1995 als Vorsitzender des baden-württembergischen BFB-Landesverbandes und gehörte dem BFB-Bundesvorstand an.

Tübingen - Das Strafverfahren gegen fünf Funktionäre der 1993 verbotenen „Heimattreuen Vereinigung Deutschlands“ (HVD) wegen der Fälschung von Unterstützungsunterschriften für den Wahlvorschlag der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) anlässlich der baden-württembergischen Landtagswahl vom April 1992 wurde vom Tübinger Landgericht eingestellt. Rund 50 Unterschriften sollen damals von Angehörigen der HVD gefälscht worden sein. Im Gespräch sollen dabei auch 20.000 DM Unterstützung der „Deutschen Liga“ zugunsten der neonazistischen Truppe um Andreas Rossiar und Dirk Plankenhorn gewesen sein. Andreas Rossiar, ehemaliger Vorsitzender der „Heimattreuen Vereinigung“, war nicht bereit, entgegen der ursprünglichen Annahme des Gerichts, ein Geständnis abzulegen. Verteidigt wurde der 30jährige Maler Rossiar vom Hamburger Szeneanwalt Jürgen Rieger (50). Die Einstellung des Strafverfahrens erfolgte bei Rossiar straffrei. Rossiar war im Stuttgarter Bewegungsprozeß im März 1995 vom Landgericht Stuttgart (vgl. BNR 6/95) zu siebenmonatiger Bewährung verurteilt worden. Eine Verurteilung Rossiars hätte, so das Gericht, nur unter einem unverhältnismäßig hohen Verfahrensaufwand erfolgen können. Der ehemalige HVD-Vize Dirk Plankenhorn (28) wurde ebenso wie die HVD-Aussteiger Martin Hartmann, ein 31jähriger Werkzeugmacher, und Frank Sobek, ein 23jähriger Bauschlosser, zu einer Geldstrafe von 2400 DM verurteilt, der gelernte Fleischer Michael Hausch (24) zu einer Strafe von 600 DM. Rossiar erklärte während der Verhandlung, daß er keiner politischen Organisation mehr angehöre, „aber ich denke durchaus noch national“.

Adresse:

Starnberg (Obb) - Die „Deutschland-Bewegung“ des nationalistischen Wanderpredigers Alfred Mechtersheimer appelliert mittels einer Anzeigenkampagne an bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge, gefälligst zurückzukehren, damit Deutschland nicht zu einem „konfliktträchtigen multi-ethnischen Siedlungsgebiet“ werde. In Anzeigen, die beispielsweise in der „Jungen Freiheit“ und „Europa Vorn“ geschaltet wurden, werden die „lieben bosnischen Gäste in Deutschland“ aufgefordert, ihre „Heimat nicht im Stich“ zu lassen. Dies würden insbesondere die „Landsleute, die in der Heimat durchgehalten haben“ von ihnen erwarten.

Stuttgart - Die Nationaldemokraten planen für den 26. Oktober einen „Frauenkongreß der NPD“. Einzelheiten über Tagungsort usw. werden erst nach Anmeldung beim NPD-Parteivorstand in Stuttgart bekanntgegeben.

Ulrichsberg-Klagenfurt/Österreich - Zum 37. Mal begeht die 1958 gegründete „Ulrichsberggemeinschaft“, eine traditionspflegerische Organisation, in der Funktionäre einer SS-Veteranenorganisation „Kameradschaft IV“ tonangebend sind, am 8. Oktober ihr diesjähriges Treffen auf der „europäischen Heimkehrer-Gedenkstätte“. Die „Heimkehrer-Gedenkstätte“ liegt auf dem Gipfel des 1.015 Meter hohen Ulrichsberges, nördlich von Klagenfurt. Für gehbehinderte Kameraden wird - wie auch in den Jahren zuvor - das österreichische Bundesheer eigens Geländewagen zur Verfügung stellen - denn „Totengedenken“ à la Ulrichsberg kann ja kein Verbrechen sein“, wie Oberst i.R. Wilhelm Hillek in der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) postulierte.

Verantwortlich für das Treffen auf dem „Mons Carantanus“, dem „einstigen Sitz der keltischen Göttin Isis Noreia“, ist Norbert Rencher, während des Zweiten Weltkrieges zuletzt Adjutant einer Artillerieeinheit zwischen Oder und Berlin. Im letzten Jahr ist beim Grazer „Verlag für Sammler“ sein ca. 200 Seiten umfassendes Buch „Blick zurück ohne Zorn“ erschienen, in dem Rencher seine achtjährige Kriegsgefangenschaft in der UdSSR beschreibt. Obmann der Ulrichsberggemeinschaft ist der Rechtsanwalt Karl Theodor Mayer.